

Karl Mai

## Nulldefizit und Entschuldung der öffentlichen Haushalte

### Staatsverschuldung bis 2007

Gegenwärtig läuft die prognostizierte Entwicklung in Deutschland auf ein „Nulldefizit“ der öffentlichen Haushalte hin, wobei die Bundesländer bereits 2007 einen positiven Saldo ihrer Finanzierung erreichen konnten. Von manchen Politikern wird dies als Übergang zu einer völligen Entschuldung des Fiskus begriffen, verbunden mit der Forderung, künftig verfassungsrechtlich jede Netto-Neuverschuldung zu unterbinden oder wesentlich zu erschweren. Es entsteht daher gelegentlich der Eindruck, es gebe bereits wichtigere Probleme als eine hohe öffentliche Verschuldung, die ja offenbar schon nach wenigen Monaten konjunktureller Besserung in Deutschland ihren vordergründigen „Horror“ verloren hatte. Manche erwarten einen weiteren Konjunkturaufschwung und glauben daher, der „Ernst der Haushaltslage“ sei damit bereits vom Tisch.

Indessen bleibt die Staatsverschuldung in der EU mehr oder weniger stark ausgeprägt, wie die aktuellen Daten zeigen. Deutschland lag hierbei in Europa mit einer Schuldenstandsquote am BIP von 64,7% (2007) noch um 1,8 Prozentpunkte *unter* dem Durchschnitt der EWU-Ländergruppe (vgl. BMFi, Monatsbericht 2/2008: Tabelle S. 126). Ferner zeigt sich:

Der Schuldenstand des Bundes einschließlich der Sondervermögen hat von 28,52 Mrd. € im Jahr 1970 auf 940 Mrd. € im Jahr 2007 zugenommen; bei den Ländern einschließlich ihrer Gemeinden ist er im gleichen Zeitraum von 34,41 Mrd. € auf ca. 598,0 Mrd. € angestiegen (SVR 2007a; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 2/2008: 60\*). Insgesamt erreichen

bis Ende 2007 die kumulierten Schulden des Gesamtstaates 1.538 Mrd. €. Im Vergleich zu 1989 hatten die Schulden des Gesamtstaates um 1.065,1 Mrd. € zugenommen (SVR 2007b: 174, 184).

### Geldkapital und Gläubiger des Staates

Staatsschuld-papiere sind eine finanzmarkt-fähige Verkörperung von Geldvermögen in Wertpapieren (Schuldverschreibungen, Anleihen usw.), deren realwirtschaftlicher Gegenwert sich in den daraus finanzierten Staatsausgaben verkörpert. Oft bleibt außer Sicht, dass den steigenden Staatsschulden private Vermögenszuwächse als offenbar „unversiegbare“ Geldquelle entsprechen: So stiegen die kumulierten Staatsschulden 2005 um 58,54 Mrd. €, die saldierten Geldvermögen des Sektors „private Haushalte“ hingegen um 141,2 Mrd. €. Für 2006 fielen diese Daten etwas geringer aus (vgl. Tabelle 1). Zwischen 1991 und 2006 stiegen die jährlichen Zinslasten des Gesamtstaates von 39,18 Mrd. € auf 64 Mrd. € an (SVR 1998/99, Tabellenanhang: 370; SVR 2007b). Gleichzeitig vermindert die staatliche Garantie für die Verzinsung der Schulden die *immanente Labilität* des globalen Finanzmarktsystems wie ein Dämpfungspuffer durch die Bindung von disponiblen Geldkapital (vgl. Hein et al. 2004: 256).

Man kann aus der „privaten Überakkumulation“ auch eine Art von „Normalverschuldung“ begründen, „die schon allein wegen der Finanzierungsüberschüsse der anderen Sektoren der Gesamtwirtschaft notwendig ist“, wie

zum Beispiel von der Memorandum-Gruppe argumentiert wird; und zwar in Höhe von 2% des Produktionspotenzials (AG Alternative Wirtschaftspolitik 2005: 153, 156). Hierbei wird jedoch die Sicht auf die eskalierende Verzinsung ausgeklammert.

Die Höhe und die Ambivalenz der Staatsverschuldung könnten vermindert werden, wenn die Gewinne stärker besteuert würden. „Damit könnten die öffentlichen Haushalte Einnahmen unter Verzicht auf den Umweg über die Kapitalmärkte verbuchen.“ (Ebd.: 158) Dies steht jedoch im strikten Widerspruch zur neoliberalen Steuerpolitik, deren Wirkung auf eine Senkung der Steuerquote zielt, speziell auch für den Unternehmensbereich.

Kann oder muss der Staat sich nicht weiterhin nutzbringend neu verschulden, fließen die privaten Geldkapitalüberschüsse über das Bankensystem oder direkt auf den *globalen* Finanzmarkt und damit ins Ausland.<sup>1</sup> Die Zunahme der privaten Nettokreditgewährung an das Ausland betrug in Deutschland im Jahre 2006 +124,93 Mrd. € (vgl. Tabelle 1).

Der kumulierten Staatsverschuldung stehen immer gleich hohe und anwachsende Geldvermögen privater Gläubiger gegenüber. Der gesellschaftliche Reichtum an Netto-Geldvermögen widerspiegelt sich demnach partiell in der Staatsverschuldung und zunehmend im privaten Geldkapitalexport, womit dieser Geldvermögensteil *gesellschaftlich* oder

*global* genutzt wird, aber – sich zinstragend verwertend – dennoch im Bereich privaten Eigentums und privater Einkommensansprüche verbleibt.

Ende 2006 erreichte der Anteil *ausländischer Gläubiger* an der kumulierten Staatsschuld der deutschen Gebietskörperschaften 46,8% bzw. 717 Mrd. €.<sup>2</sup> Damit entspringt fast die Hälfte der kumulierten Staatsschuld aus der Kreditaufnahme des Fiskus bei ausländischen Geldgebern. Neben der Abführung von jährlich enormen Summen an Zinsen (ca. 30 Mrd. €) zu Lasten der Steuereinnahmen an private Ausländer, die damit aus der deutschen Endverwendung fallen, entstehen zusätzliche Anforderungen an die laufenden Einlösungen von fälligen deutschen Schuldtiteln im Ausland („Schuldendienst“) durch die Bundesbank.

Es ist ebenso ein gern verschwiegener Fakt, dass ausländische private Gläubiger indirekt *hochgradig* den Umfang der staatlichen Transfer-Investitionen im Osten Deutschlands kreditieren, indem der Fiskus sich im Ausland verschuldet.

## Nutzen der Staatsverschuldung

Die Ausgaben des Staates aus den aufgenommenen Schulden spielen eine wichtige Rolle bei der makroökonomischen *Verteilung* des BIP zwischen konsumtiver und investiver End-

*Tabelle 1: Quellen der Staatsverschuldung, Auslandsverschuldung sowie private Netto-Kreditgewährung ins Ausland, in Mrd. Euro*

Jahr	Finanzierungssalden der privaten Haushalte im Jahr	Zuwachs der Staatsschulden im Jahr	Weitere Auslandsverschuldung des Fiskus im Jahr	Private Nettokredite an das Ausland insgesamt im Jahr
2000	75,37	11,69	21,32	- 26,70
2001	97,30	12,49	13,92	- 0,90
2002	101,25	53,70	51,40	+ 45,89
2003	125,10	80,49	47,30	+ 49,90
2004	133,40	72,29	67,00	+ 85,13
2005	141,20	58,45	81,60	+ 94,78
2006	134,30	43,20	50,30	+124,93

„Finanzierungssalden“ = Geldvermögensbildung minus Außenfinanzierung

Quellen: Deutsche Bundesbank: Statistische Sonderveröffentlichungen Nr. 4, von 7/2007: 26, 22; Deutsche Bundesbank, Langzeitreihen bq 1720 und bq 1715 ([www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)); Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 4/2007, Statistischer Anhang, S. 59\*; sowie eigene Berechnungen.

verwendung, besonders bei Unterauslastung der Produktionskapazitäten und bestehender Unterbeschäftigung. Diese Verteilungsfunktion wird von vielen Ökonomen nicht nur als „notwendiges Übel“, sondern als wichtige *integrierende* Funktion des Staates in der Realökonomie anerkannt. Sie entstand vor dem Hintergrund des Versagens der spontanen Marktregulierung bei der Ausschöpfung des Produktionspotenzials und des ungenutzten Humankapitals vorwiegend in Zeiten des Konjunkturabschwungs. Sie dient insofern auch der partiellen Minderung des Widerspruchs zwischen eskalierendem privaten Geldvermögen und begrenzter Massenkauflkraft auf den Märkten der Binnenwirtschaft.

Der Sachverständigenrat (SVR) kommt in seiner jüngsten Studie zu den Wirkungen der Staatsverschuldung zu der Aussage: „Gemessen an den langfristigen Wirkungen ist eine Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben im Vergleich zur Steuerfinanzierung von vornherein weder gut noch schlecht. Für den Fall, dass der Zinssatz auf die öffentlichen Schuldtitel geringer ist als die Zuwachsrate des Bruttoinlandprodukts (Ponzi-Fall), wäre eine Kreditfinanzierung der Steuerfinanzierung sogar überlegen.“ (SVR 2007a: 56) Man kann sich hier des Eindrucks nicht erwehren, dass der Sachverständigenrat die offensichtlichen Folgen im ausufernden Zinseszinsmechanismus ausklammert. Dieter Meyer hält dem entgegen: dass „primär das verschuldungsbedingte jährliche Zinseszinswachstum und nur sekundär ein zu schwaches Wirtschaftswachstum für die wachsenden Haushaltslöcher verantwortlich ist, wird dabei übersehen“ (Meyer 2003: 4). Hierin liegt tatsächlich eine oft ignorierte Kernfrage.

Der Sachverständigenrat setzt dann bezüglich Deutschlands fort, es „ergibt sich zwingend, dass eine Kreditfinanzierung gegebener öffentlicher Ausgaben im Vergleich zur Steuerfinanzierung zwangsläufig eine *intergenerative Umverteilung* in dem Sinne bewirkt, dass eine höhere Kreditfinanzierungsquote die sogenannten ‚Einführungsgenerationen‘ entlastet, aber zukünftige Generationen über höhere Steuern zur Finanzierung der Zinsen auf die erhöhte öffentliche Schuld belastet“ (SVR

2007a: 56). Richtig ist aber auch, dass die Einführungsgeneration nur zum Teil und zunehmend weniger steuerlich entlastet wird, aber indirekt bei bestehender Zinsfalle die Zinslast auch aus Steuern leisten muss, während alternativ die Folgegenerationen vor dem Problem stehen, dann effektiv nachzuholende Staatsausgaben zusätzlich zu den laufenden Haushaltsausgaben aus Steuern zu finanzieren.

Außerdem „wird übersehen, dass im Falle einer kreditfinanzierten Investition mit den Kosten zugleich erhebliche Nutzen in die Zukunft verschoben werden“, wie Ulrich Busch (2006: 51) betont; er beruft sich dabei auf das „Prinzip der zeitlichen Äquivalenz“ (nach Gandenberger).

In der Bundesrepublik zeigten sich bereits vor 1989 deutliche Widersprüche bei der Nutzung der Staatverschuldung zwecks Konjunkturförderung. „*Das System hat nicht funktioniert* und konnte auch nicht funktionieren, weil konjunkturbedingte Mehreinnahmen zum großen Teil durch die gestiegenen Zinslasten wieder aufgezehrt wurden.“ (Meyer 2003: 91) Dies gilt m.E. dann, sobald die konjunkturbedingten Mehreinnahmen nur einem relativ geringen Einkommensmultiplikator entspringen, das heißt, eine unzureichende Effizienz der kreditfinanzierten öffentlichen Haushaltsausgaben besteht. Dies ist bei überwiegend *konsumtiver* Endverwendung der Finanzmittel aus Schulden zu erwarten.

Wesentlich günstiger ist der Einkommensmultiplikator aber bei *investiver* Endverwendung anzusetzen, zum Beispiel im Bereich *sinnvoller* öffentlicher Infrastrukturinvestitionen. Dies fand in der gesetzlichen Regelung Beachtung, die jährliche Netto-Neuverschuldung durch die Höhe der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur zu begrenzen, weil hieraus im Regelfall profitable private Folgeinvestitionen mit staatlichen Mehreinnahmen hervorgehen können.

Jedoch fielen die empirisch nachweisbaren Effekte für resultierende haushaltswirksame Mehreinnahmen aus öffentlichen Investitionen längerfristig geringer aus als erwartet. Meyer führt eine ganze Palette von Argumenten an, um zu zeigen, warum die staatskreditierte Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen

„nicht mehr zeitgemäß und überholt“ sei (Meyer 2003: 39). Letztlich komme diese Kreditfinanzierung sogar teurer als die allein durch Steuern, weil die Zinslast streng genommen den Invest-Objekten hinzugerechnet werden müsste, aber eine solche „Objektkostenbuchführung“ für die öffentliche Infrastruktur fehlt. Hier übergeht Meyer stillschweigend, dass die Kreditaufnahme stichtagsbezogen erfolgen kann, jedoch eine steuerliche Vorfinanzierung der Infrastrukturinvestitionen immer einen größeren Zeitraum für die Ansammlung der fiskalischen Mittel erfordert.

Als im Gefolge der Wiedervereinigung die Staatsschulden rasch anstiegen, entstanden beachtliche Defizite sowie ein Übergang zur fiskalischen *Zinsfalle*. Allerdings ist zu bedenken, dass sich diese negative Entwicklung zuletzt auch vor dem Hintergrund eines *gravierenden* Steuersenkungswettlaufs ergab, der enorme steuerliche Einnahmeausfälle brachte – entgegen den laut verkündeten Intentionen des früheren Bundesfinanzministers Hans Eichel. Die dann folgende Stagnationsphase nach dem Jahr 2000 führte zu einer deutlichen Reduzierung der öffentlichen Investitionen aus Kreditfinanzierung und damit zur faktischen weiteren Überschreitung der nationalen grundgesetzlichen Begrenzung der Netto-Neuerschuldung für den Staat in Höhe der *öffentlichen* Investitionen (vgl. Tabelle 2) als retrogradem Effekt.

Der Drang neoliberaler Politiker nach Senkung der Staatsausgabenquote steht in Übereinstimmung mit der Steuersenkungspolitik. Parallel zu den entstehenden Netto-Mehrgewinnen in den Unternehmen wird von der Politik eine sinkende Netto-Neuerschuldung weiter vorangetrieben, während die öffentlichen Haushaltsausgaben zurückgehen. „Diese Einsparungen, die auch vor dem Bildungs- und Hochschulbereich nicht haltmachen, sind der harte Beweis für eine verfehlte Zukunftspolitik. Eingeschränkte Staatsausgaben verschlechtern mangels privater Finanzmittel die Lebenslage der Einkommenschwachen sowie die Bildungschancen für deren Kinder.“ (Hickel 2006: 25) Die *Ambivalenz* der neoliberalen Politikwirkungen wird in wichtigen Zukunftsbereichen sichtbar.

Ablehnende Auffassungen zum praktischen Nutzen der durch Schulden finanzierten öffentlichen Investitionen spiegeln sich in der theoretischen Wirtschaftsberatung. So vertritt der Sachverständigenrat den Standpunkt, dass „zukünftige Generationen über höhere Steuern zur Finanzierung der Zinsen auf die erhöhte öffentliche Schuld belastet“ würden (SVR 2007a: 56). Wären diese Zinsen jedoch nicht zu zahlen, dann müssten durch *Steuern* diese öffentlichen Güter in vollem Umfang später erzeugt werden – die Belastung der zukünftigen Generationen wäre dann bei gleichbleibend unterstellten Investitionsprogrammen sofort als investiver Gesamtkapitalaufwand zu erbringen und daher *zunächst* vielfach höher als bei bloßen Zinsen. (Der Einwand von „kumulierten Zinskosten je Investobjekt“ bleibt hier ausgeklammert.)

Andere skeptische Auffassungen negieren jeden *nachhaltigen* Anschubeffekt durch öffentliche Investitionen aus Konjunkturprogrammen und sprechen von „Strohfeuer“. Da die privaten Investitionen jedoch *nicht gleichzeitig* objektiv eingeschränkt werden, weil und solange eine *Überakkumulation* an verfügbarem Geldkapital existiert und solange die EZB den Zinssatz nicht schon in einseitiger Manier „vorbeugend“ erhöht, ist dieses Argument ursächlich abwegig.<sup>3</sup> Demgegenüber wird in der erzielbaren Wirkung des bekannten makroökonomischen Multiplikator- und Akzeleratoreffekts ein messbarer *Anschuberfolg* für Konjunkturprogramme mit sinnvoller Endverwendung der Kreditmittel nachweisbar, wie auch verbreitet anerkannt ist.

Besonders „tiefgründig“ ist jedoch die Behauptung Oswald Metzgers, dass ein öffentliches Kreditprogramm weitgehend dadurch „verpufft“, weil es zu einer raschen Erhöhung auch der Importe infolge steigender Kaufkraft führen muss, sodass die Impulse des Kreditprogramms letztlich ins Ausland abfließen (Metzger 2004: 203). Dieser Aspekt erscheint schon deswegen als überbetont, weil in Deutschland *langjährig stabil* nur etwa 25 Prozent der Konsumtion auf direkten und indirekten Importen beruhen. Auch wird übergangen, dass solche erhöhten Importe durch erhöhte Exporte beglichen werden, die ebenfalls aus dem Konjunkturprogramm resultieren.

Außerdem sind die Importe hierzulande auch mehrwertsteuerpflichtig, im Unterschied zu den Exporten, woraus fiskalische Mehreinnahmen aus Importen resultieren.

Letztlich zeigen sich die Widersprüche von sinkender Netto-Neuverschuldung und anvisierter weiterer Steuersenkungspolitik mit Bezug auf die *investiven* Haushaltsausgaben in krasser Form: Sinkende Steuereinnahmen, sinkende Netto-Neuverschuldungen bis auf Null, hohe oder steigende Zinslasten (und Tilgungen) sowie ausreichend hohe fiskalische Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur aus Steuermitteln engen sich wechselseitig ein und sind nicht gleichzeitig fiskalisch zu bewältigen.

### Widersprüche bei ansteigender Staatsverschuldung

Die neoliberale Ideologie hat bei der Beurteilung der fiskalischen Belastungen durch die Staatsverschuldung Verwirrung angerichtet. Dies gilt bei den kumulierten Belastungen sowohl für die gegenwärtigen als auch für die künftigen Generationen. Diese werden zumeist negativ eingestuft und selbst dann noch heftig abgelehnt, wenn das Maastricht-Kriterium der 3%-Defizitgrenze wieder unterschritten wird und die Verschuldungsquote am BIP zunächst nicht weiter ansteigt – obgleich dann wieder ein derzeit noch verfassungsrechtlich *zulässiger* „Spielraum“ für eine zusätzliche Neuverschuldung möglich wird. In links-alternativen Kreisen wird deshalb dafür plädiert, diesen zulässigen „Spielraum“ für eine tolerable Höhe bei Neuverschuldung zu nutzen, ohne dass dadurch die Schuldenquote am BIP steigen soll (vgl. AG Alternative Wirtschaftspolitik 2007: 106). Letztlich bleibt dies eine kompromissbehaftete Position, infolge der weiter ansteigenden *absoluten* Zinslasten in öffentlichen Haushalten.

Man kann die Staatsverschuldung hinsichtlich ihrer funktionalen *Nützlichkeit für den Staat* in zeitgeschichtlich aufeinanderfolgende Phasen einteilen:

In der *ersten* Phase überstieg die jährliche Netto-Neuverschuldung die erforderlichen jährlichen Zinszahlungen an die Gläubiger,

d.h. saldierte Mehreinnahmen des Staates wurden in ihrer Verfügbarkeit für öffentliche Haushaltsausgaben immer noch erhöht. So können die Staatsausgaben über die steuerlichen Einnahmen hinaus eskalieren und zum Beispiel in öffentliche Infrastrukturinvestitionen fließen.

Die Bundesrepublik befand sich zwischen 1970 und 1990 in dieser Phase, wo die kumulierte Netto-Neuverschuldung die Zinszahlungen noch um 62,5 Mrd. € übertraf (SVR 2007a: 22). Modernisierung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur durch die staatliche Kreditaufnahme waren dabei von eminenter Bedeutung für komplexe und stetige realwirtschaftliche Wachstumsprozesse.<sup>4</sup> In dieser Phase wurden die Wirkung einer steigenden Zinslast sowie des exponentiellen Faktors im Zinseszinsmechanismus ignoriert, die künftige öffentliche Haushaltsausgaben schmälern *müssen*, weil sie gleichzeitig eine immanente Eskalation der Zinslasten des Staates im Langzeitraum bewirken können, solange die Zinsen jährlich ins Schuldenkapital beim Staat zurückfließen oder dort verbleiben.

In der *zweiten* Phase überstiegen die erforderlichen Zinszahlungen die noch ansteigende Netto-Neuverschuldung – die *Zinsfalle* (auch *Schuldenfalle*) wurde wirksam. Deutschland befand sich in dieser Phase bald nach der Vereinigung: Zwischen 1991 und 2005 überstiegen die Zinszahlungen die gleichzeitige fiskalische Netto-Neuverschuldung um 208 Mrd. € ; die Zinsen erreichten im selben Zeitraum 589,3 Mrd. € kumulativ (vgl. SVR 2007a: 22, Schaubild 3).

Folglich konnte in dieser Phase die Netto-Neuverschuldung allein die Finanzierungsnot des Staates nicht kompensieren oder abwenden (vgl. Tabelle 2). Letztere wurde noch durch die Steuerreformen ab 2000/2001 vertieft, die sehr hohe Steuermindereinnahmen pro Jahr brachten. Daher hebt Meyer recht vordergründig hervor: Die Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte dient „der Finanzierung der von ihr selbst erzeugten Tilgungs- und Zinsausgaben mit der Folge eines eigendynamisch immer schneller und steiler wachsenden Schuldenberges zu Lasten der nachfolgenden Generationen“ (Meyer 2003: 2). Damit festigte

sich das Problembewusstsein zur Begrenzung der Netto-Neuverschuldung mit ihren ambivalenten Lösungsansätzen.

Es wurden „Konsolidierungen“ auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte und/oder *zusätzliche* (Steuer-)Einnahmen notwendig. Fallen jedoch ausreichende, durch ein BIP-Wachstum bedingte Mehreinnahmen infolge steuerlicher oder konjunktureller Mindereinnahmen aus, erhöhen sich im Regelfall zwangsläufig die Haushaltsdefizite.

Gemäß den als „Maastricht-Kriterien“ festgelegten Obergrenzen von 3,0 Prozent für zulässige Haushaltsdefizite und von 60 Prozent des Schuldenstandes am BIP wurden diese zum Angelpunkt der Haushaltspolitik und lösen gesellschaftlich widersprüchliche Folgen aus.

Für die praktische Wirtschaftspolitik entstehen in dieser *zweiten* Phase deutliche Zwänge für den Fiskus, die Haushalte aus der „Zinsfalle“ zu befreien, indem die Zinslasten zunehmend sowohl durch „Konsolidierung“ der Haushaltsausgaben als auch durch konjunkturelle und steuerliche Mehreinnahmen tendenziell stabilisiert werden. Die Voraussetzung dafür bildet auf der Einnahmeseite ein dafür quantitativ hinreichendes BIP-Wachstum mit steuerlichen Mehreinnahmen.

Eine rasche Zinslastsenkung jedoch, die allein noch keine umfassende oder nachhaltige Haushaltskonsolidierung bedeutet, ist wegen der nicht rasch veränderbaren Höhe der Gesamtschulden wenig aussichtsreich – bei plötzlichen kurzzeitigen Zinssatzsenkungen

allerdings marginal möglich. Damit bleiben auch die politisch verkündeten Hoffnungen auf eine größere „Handlungsfreiheit“ des Fiskus zunächst in die Zukunft verschoben.

Die Staatsverschuldung kann dann in eine *dritte* Phase übergehen, in der sich die Zinslasten zunehmend anteilig ohne steigende Haushaltsdefizite refinanzieren lassen. Dies setzt ein anhaltendes BIP-Wachstum voraus, wenn die Netto-Neuverschuldung jährlich schrittweise zurückgeführt und die entstehende Einnahmenlücke durch vermehrte Steuereinnahmen und/oder zu Lasten der investiven und/oder sozialpolitischen Haushaltsausgaben geschlossen wird. Dies ist derzeit in Deutschland der Fall. Die Zinslast kann dann durch Steuern und zum Teil noch durch die schon rückläufige Netto-Neuverschuldung beglichen werden.

#### Nulldefizit und „Tragfähigkeit“ der Staatsverschuldung

Faktisch bedeutet ein *Nulldefizit*, dass der Staat als Kreditnehmer für die laufende private „Überakkumulation“, die den Kreditbedarf der privaten Wirtschaft für den Binnenmarkt übersteigt, ausfällt. Folglich kann nur der Ausweg über die jährlichen hohen Kapitalexportüberschüsse die Absorption der Geldersparnisse erreichen. Dies führt bei eskalierenden Exportüberschüssen zu schärferen internationalen Widersprüchen. Ist das offiziell angestrebte „Null-Defizit“ erreichbar, tritt das Steueraufkommen allein in die Refinanzierung der Zinslast ein, die sich

*Tabelle 2: Zinsen/Brutto-Investitionen/Netto-Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte (Mrd. Euro)*

Jahr	Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen gesamt	Jährl. Anstieg der Verschuldung
2000	65,0	36,20	11,5
2001	64,5	36,80	12,4
2002	62,7	36,10	53,8
2003	64,0	33,80	80,4
2004	62,5	31,40	72,5
2005	62,0	30,20	58,4
2006	65,1	32,50	43,6

Quellen: Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 4/2007: 54\*; 60\*; Deutsche Bundesbank: Lange Reihen, BJ9047, BQ1720, Stand 10.07.07; SVR: Jahresgutachten 2006/2007, Anhang, Tab. 36, 78\*.

dann mit der Gesamtschuld stabilisiert und nur noch Schwankungen des Zinssatzes folgt. „Damit wird jedoch nicht ein einziger Euro vom aufgehäuften Schuldenberg getilgt. Dieser und die jährlich dafür anfallenden Zinslasten bleiben dann lediglich langfristig konstant und verringern sich nur relativ im Verhältnis zum steigenden BIP.“ (Meyer 2003: 6)

Insofern ist ein „Nulldefizit“, also der mühsam erreichte Haushaltsausgleich, jener Zustand, der die bestehende verzinsliche Staatsschuld lediglich „verewigt“ und den immerwährenden Zyklus im Umschlag der jeweils fälligen Wertpapiere der Gläubiger („Schuldendienst“ plus anteilige Zinsen) fortsetzt. Das Nulldefizit ist günstig für eine Stabilisierung der Schuldenstandsquote. Wird die kumulierte Staatsschuld (Schuldenquote am BIP) zunächst nur stabilisiert, erwachsen daraus künftig weiter unbefristet entsprechend hohe Zinslasten, die sich in dieser Phase nicht stetig reduzieren lassen, sondern – für die jeweilige Gesamtverschuldung – der globalen Zinssatzhöhe folgen. Der immanente Zinseszinsmechanismus „erntet“ sodann die „Saat“ der privaten Gläubiger des Staates im In- und Ausland zu Lasten der Verwendung von Steuereinnahmen; das heißt, auch im Zuge der nächsten Generationen wächst das private Geldvermögen daraus exponentiell (vgl. Jenner 1999: 159).

Vom „Nulldefizit“ verschieden bzw. logisch unabhängig ist jedoch der Fall von fiskalischer „Tragfähigkeit“ der Staatsverschuldung zu bewerten, der die Finanzwissenschaft beschäftigt: „Eine stabile Schuldenstandsquote wird als tragbar bezeichnet, weil sie die Zahlungsfähigkeit des Schuldners signalisiert. Das Problem ist demnach nicht die bestehende Verschuldung, sondern ein wachsender Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt.“ (Brümmerhoff 2001: 607). Die Schuldenquote am BIP darf sich bei erreichter „Tragfähigkeit“ nicht erhöhen.

Hiernach sind besondere Kriterien für einen Zustand der *fiskalischen Tragfähigkeit* der gesamten Schuldenlast (und der Neuverschuldung) wichtig. Der Korridor für eine „Tragfähigkeit“ der Zinslast wird geöffnet, sofern das nominelle BIP-Wachstum tendenziell *über* dem nominellen Kapitalmarktzins

für Anleihen liegt sowie die Zins-Steuerquote und die Kredit-Steuerquote nicht ansteigen oder sogar sinken. Jan Prieue betont: „Ist der Zinssatz höher als der Wachstumstrend, ist ein Primärbudgetüberschuss für Nachhaltigkeit erforderlich.“ (Prieue 2002: 278)

In Deutschland wird gegenwärtig das Problem dieser spezifischen „Tragfähigkeit“ kaum diskutiert, weil die neoliberale Finanzpolitik den verschärften Kurs auf das Nulldefizit eingeschlagen hat, der die o.g. Bedingungen für eine tragfähige explizite Verschuldung (Kreditaufnahme) bereits „überflüssig“ erscheinen lässt. Die Diskussion über die künftige Rolle der Staatsverschuldung als „Verfassungsproblem“ führt jedoch wieder auf diese Fragestellung zurück (vgl. Vesper 2007).

## Zinsen als Mittel der Umverteilung

Eskalierende Zinslasten des Staates verringern seine sonst verfügbaren Einnahmen und engen damit die Handlungsfähigkeit des Fiskus ein, insbesondere, sobald die fiskalische „Zinsfalle“ zugeschnappt ist. Man spricht dann von einer „Lähmung der Finanzpolitik“ (Hein et al. 2004: 257). Der Zinsanstieg wird in der Literatur mannigfach demonstriert.<sup>5</sup> Werden die Zinsen dem Geldkapitaleigentümer mit der zinspflichtigen Ablösung der Schuldpapiere ausgezahlt, stehen sie für eine Netto-Neuverschuldung des Staates und damit dem staatlichen Zinseszinsmechanismus zur weiteren anlageseitigen Verfügung. Erst mit dem Ende der Netto-Neuverschuldung („Nulldefizit“) müssen die zuvor privat realisierten Zinsen im Kreislauf des privaten Geldkapitals neu angelegt werden – der staatliche Zinseszinsmechanismus wird insofern zugunsten des privaten unterbrochen.

Von Kritikern der Staatsverschuldung wird der private Umverteilungseffekt durch die Zinsen nebst Zinseszinsen an die Gläubiger *zu Lasten der Steuern* angeprangert. Hier ist jedoch zu beachten, dass es eine Eigenschaft des Geldkapitals schlechthin ist, sich marktgerecht durch Zinsen zu „vermehren“, die den Kapitaleignern zufließen. Bei Staatsverschuldung werden diese Kapitalmarktzinsen höchstens stabilisiert, aber nicht zusätzlich erhöht – die „Sättigung“ des

privaten Kreditmarktes infolge reichlich zuströmender laufender Geldkapitalüberschüsse vorausgesetzt. Den Geldkapitaleigentümern ist es daher letztlich gleichgültig, ob ihre laufenden Zinsen über die Preise oder durch Steuern (mit und ohne Netto-Neuverschuldung) realisiert werden, solange ihnen der Zinszufluss normale Renditen verschafft.

Wesentliches Merkmal der Verteilung der Einkommen aus Geldkapital ist jedoch, dass sie zwischen den einzelnen Einkommensgruppen der Gesellschaft *ungleich* erfolgt, indem der Netto-Zuwachs aus Zinsen das Geldvermögen fast ausschließlich der obersten zehn Prozent der Haushaltsgruppen erhöht.

Die gesamtstaatliche (fiskalische) Zinslast für 2006 in Höhe von 65,1 Mrd. € erreichte 3,73% des Volkseinkommens und stellt eine *sekundäre* Umverteilung zugunsten der privaten Geldeinkommen dar. Die Nettoinvestitionen in Anlagen aller Wirtschaftssektoren beliefen sich jedoch 2006 nur auf 77,1 Mrd. € – im Unterschied zur Zinslast des Staates sowie zum Abfluss von Nettokrediten in Höhe von +94,78 Mrd. € ins Ausland (Tabelle 1 u. 2). (Nach VGR: Nettoinvestitionen = Anlageinvestitionen ./. Abschreibungen.)

Sofern die *Zinsen* für Staatsschulden bei wirksamer *Zinsfalle* (also vor einem Nulldefizit) zunehmend durch Steuern beglichen werden müssen, treten allein hierdurch bereits *erhöhte Steuerlasten* sowohl in der laufenden als auch übergreifend in nächsten Folgegenerationen auf. Hier gibt es dann keine vollständigen einseitigen Lastenverschiebungen im Zeitablauf der Verzinsung der aufgelaufenen Gesamtschulden.

Eine zusätzliche Belastung der Folgegenerationen entsteht immer, wenn eine Gesamttilgung der Staatsschuld begonnen würde, während außerdem die üblichen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen ausschließlich über Steuern finanziert werden. Auch wäre zu beachten, dass mit einer Tilgung lediglich ein früherer Aufwand abgegolten wird, der – wäre er zuvor unterlassen worden – von den Folgegenerationen originär aus Steuern bei investiver Endverwendung als unvermeidlicher Nachholbedarf bei der Bereitstellung öffentlicher Güter in der Regel dennoch neu zu tragen wäre.

Eine Nutzung weiterer Netto-Neuverschuldungen ohne Erhöhung der Zinslast infolge zinsloser Kredite der Notenbank kursiert zwar noch gelegentlich als Idee in linksorientierten Schriften, kollidiert aber mit den Regelungen in der EWU, die nur noch steuerlich finanzierte nationale Konjunkturprogramme billigt.

### Ein Ausweg aus der fiskalischen Finanzierungskrise?

Die Einhaltung des EWU-Defizitkriteriums von 3,0 Prozent wird jetzt als großer Erfolg gewürdigt, nachdem das Defizitverfahren gegen Deutschland offiziell eingestellt wurde. Doch sollte auch an die Ursache der zurückliegenden Überschreitung erinnert werden: Die fortgesetzten hohen Einnahmenverluste (u.a. durch Steuerenkungen) haben dieses Defizit deutlich erhöht. „Wäre die Einnahmequote seit Beginn des Defizitverfahrens gegen Deutschland konstant geblieben, hätten die auf der Ausgabenseite erreichten Konsolidierungserfolge ausgereicht, die 3%-Grenze des Maastricht-Vertrages bereits im Jahr 2004 zu unterschreiten“, bemerkt das BMFi (Monatsbericht 7/2007: 38). Nunmehr wird das fiskalische „Nulldefizit“ anvisiert, das offiziell beim Bundeshaushalt für 2011 prognostiziert wird (ebd.: 42). Gleichzeitig sind deutliche weitere Einnahmenverluste durch die Senkung der Unternehmenssteuern geplant, sodass auch der Anstieg für die künftigen Ausgaben nur relativ gering gehalten werden soll. Dies führt zu einer mittelfristig *unterproportionalen* Steigerung der Ausgaben gegenüber den Einnahmen zwecks Sicherung eines laufenden Primärüberschusses. Dieses Konzept setzt jedoch eine Wachstumsrate des BIP voraus, die zu hierfür ausreichenden Einnahmen führt, was bei zu erwartender Konjunkturabschwächung nicht gesichert erscheint.

Die Ableitung wirtschaftspolitisch widerspruchsfreier Handlungsstrategien ist auf der Grundlage der globalen und der nationalstaatlichen Ungleichgewichte in der Ökonomie und der resultierenden Konjunkturschwankungen sowie der systemischen bzw. spontanen Widersprüche und Interessen wenig erfolgreich.

Dies ist bei einer zeitlichen Verzögerung der parlamentarischen und exekutiven Haushaltsreaktionen auf die Wachstumsschwankungen des BIP zum Teil auch ablaufbedingt. Daher ist eine zeitweilige Neuverschuldung objektiv nicht auszuschließen. Der für diesen Fall diskutierte Vorschlag einer verfassungsmäßigen starren Obergrenze für zulässige Neuverschuldungen erscheint daher als eine nicht problemadäquate Restriktion (vgl. Scherf 2007: 45). Sie fesselt selbst eine begrenzte flexible Reaktion des Staates auf konjunkturelle Abwärtsbewegungen mittels fiskalischen Impulsen. Aus diesem Dilemma resultiert der aktuelle Gesetzesvorschlag in Sachsen-Anhalt, eine obligatorische Steuerhaushaltsreserve neu einzuführen, die aus nicht geplanten Mehreinnahmen und fixen Zuführungen aufgebaut werden soll – um eine Neuverschuldung zu vermeiden. Der Vorschlag hat den Charme, eigene Zinseinkünfte in der Reserve zu bilden.

Eine stetige Neuverschuldung ist infolge der zeitabhängig zunehmenden Zinslast tendenziell ineffektiv: Die Politik zur gesellschaftlichen Nutzung der Staatsverschuldung als ein gezieltes Instrument positiver Multiplikator- und Akzeleratoreffekte in der Wirtschaft bleibt immer eine schwierige Gratwanderung zwischen zu erreichender „Tragfähigkeit“ und langfristig exponentiellem „Zinseszinsseffekt“ – ein objektiv eskalierender Widerspruch des Kapitalsystems. Immerhin gilt: „Nachhaltigkeit der Schuldenlast fordert, dass ein Primärbudgetüberschuss existiert, sofern der Wachstumstrend beim BIP unter dem langfristigen Zinssatz liegt“, formuliert Priewe das aktuelle Kriterium in der Finanzpolitik (Priewe 2002: 276).

Eine Reduzierung der Staatsverschuldung durch *Tilgung* der Gesamtschuld führt jedoch immer zu einer negativen Multiplikator- und Akzeleratorwirkung und damit zunächst zu einer ausgabeninduzierten Verminderung des BIP-Wachstums. Sobald das nominelle BIP schneller steigt als die Schuldenstandsquote, ist zunächst die *relative* Staatsverschuldung reduzierbar. Diese Position mag zwar sinkende Zins-Steuerquoten einschließen, jedoch setzt sie den Zinseszinsmechanismus nicht außer Kraft, der mittels staatlicher Kreditaufnahme eine weitere Umverteilung zugunsten

der privaten Geldkapitaleigentümer bewirkt. Der Weg zwischen der „Skylla“ der weiten sprunghaften Umverteilung von Zinsen zugunsten der Geldkapitaleigentümer und der „Charybdis“ einer fatalen destruktiven Ausgabenkürzung der öffentlichen Haushalte ist kompromissbehaftet und politisch voller „Wenn und Aber“. Die Gesamtschuldung des Fiskus ohne beträchtliche Vermögenssteuern bleibt unlösbar.

Im „Gemeinschaftsgutachten Frühjahr 2007“ der Forschungsinstitute heißt es: „Im Jahre 2008 dürfte der Staatshaushalt ausgeglichen sein. Ähnlich gut war die Finanzlage zuletzt im Jahre 1989, damals war der Budgetsaldo leicht positiv ... Ausschlaggebend für den stärkeren Defizitabbau ist die günstige Konjunktur.“ (IWH: Wirtschaft im Wandel. Sonderausgabe 1/2007: 56) Mit dem Defizitabbau sinkt die aktuelle Netto-Neuverschuldung gegen Null. Dieter Vesper warnt: „Die Fixierung der Politik auf Defizitziele muss letztlich in eine Sackgasse führen, da die Politik nur für die Ausgaben, nicht aber für die Einnahmen, deren Höhe weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt wird, verantwortlich ist.“ (Vesper 2007: 34) Dies gilt nur bedingt, weil der Staat über die Steuerpolitik auch wesentlich die Höhe der Einnahmen und damit der primären Defizite regulieren kann und dies zum Beispiel mittels der Mehrwertsteuererhöhung auch demonstriert hat. Was bleibt, ist das Problem mit der BIP-Schuldenquote, bei der nur unter günstigen Wachstumsraten „aus dem Schuldenberg herausgewachsen werden kann“, worauf manche Ökonomen ihre Erwartungen für eine Lösung der Finanzkrise setzen. Dem kann jedoch das BMWi nicht entsprechen, das in seiner mittelfristigen Prognose für das BIP-Wachstum 2006 bis 2011 eine jährliche reale Wachstumsrate von 1,75 % erwartet (Monatsbericht 7/2007: 54), die den realen Zinssatz nicht übersteigen dürfte. Dies folgt ebenso aus der globalen Labilität der Konjunkturen wie im Hinblick auf die Restriktion der globalen Naturressourcen und ihrem resultierenden Trend zur Preissteigerung.

Eine Begrenzung der relativen Schuldenquote am BIP findet inzwischen auch in alternativen Kreisen Zustimmung, was jedoch eine

„Verewigung“ der Zinslast einschließt, denn für eine totale Entschuldung des Staates existieren auch aus dieser alternativen Sichtweise weder Motiv noch konfliktlos mobilisierbares Finanzpotenzial. Die relative Tragfähigkeit der Zinslast ist an enge finanzwirtschaftliche Kriterien gebunden, von denen die wichtigsten mit einem konkret hinreichenden realen Wirtschaftswachstum im Vergleich zum realen Zinssatz verknüpft sind und einen stabilen Primärüberschuss erfordern.

Selbst eine ökonomisch zulässige, d.h. „tragfähige“ Staatsverschuldung drängt die jährlich hohen Geldkapitalüberschüsse des „privaten Sektors“ (Tabelle 1) zunehmend kompensatorisch in ausländische Finanz- und Kapitalanlagen. Dies belegt die Ambivalenz der radikalen Absage an die Staatsverschuldung im Vergleich zu den Bürgerinteressen (vgl. Flassbeck 2006: 158ff.). Es besteht „ein strukturelles Problem des entwickelten Kapitalismus, das untrennbar mit dem Zinssystem und seiner Dynamik zusammenhängt“ (Senf 2001: 177).

### Zur staatlichen Gesamtentschuldung

Künftig stellt sich die Frage, „was passiert, wenn der Staat das Schuldenmachen plötzlich einstellt? [...] Es käme nicht mehr zu einer Absorbierung des Übersparens, zu einer Verringerung des tendenziellen Falls der Profitrate und zu einer Alimentierung des Arbeitskräfteüberschusses“, stellt Heinz Bontrup (2005: 328) fest. Diese Antwort ist noch unvollständig, denn sie ignoriert den partiell möglichen „Ausweg“ über den wachsenden Kapitalexport auf den globalen Finanzmarkt sowie durch die außerökonomische Kapitalvernichtung infolge der staatlichen Beteiligung an globalen kriegerischen Konflikten.

Gegenwärtig wird von Politikern die Erreichung einer Null-Neuverschuldung als Übergang zur weiteren fiskalischen Entschuldung von der kumulierten Gesamtschuld durch Rückzahlung der Kreditsumme an die Gläubiger aufgefasst. So erklärte zum Beispiel Ministerpräsident Oettinger, Co-Vorsitzender der Föderalismus-Kommission, lapidar: „Unmittelbar nach dem Erreichen einer Netto-Null-

Verschuldung halte ich es für erforderlich, dass wir stufenweise die Bestandsschulden abbauen.“ (Oettinger, Die Welt-online, Interview vom 22.05.2007)

Ebenso kann man in der Öffentlichkeit die Aussage vernehmen, dass eine gesamte Entschuldung in dieser Form eine reine Fiktion sei: Wie sollte der Staat die enormen Einnahmen für eine solche echte Tilgung aus Steuereinnahmen oder Ausgabenkürzungen mobilisieren, für deren gesamte Restlaufzeit auch noch riesige (!) weitere Zinslasten anfallen? Eine Überschlagsrechnung zeigt: Je niedriger die echte Tilgungsrate pro Jahr wäre, desto höher wäre die insgesamt noch zu zahlende Zinslast der Restschulden im Tilgungszeitraum. Gemäß der langfristigen Projektion des Finanzministeriums von Sachsen-Anhalt vom März 2007 würde (ohne Schuldenerlass) diese Tilgung sich auf ca. 100 Jahre erstrecken mit einem zeitgleich enorm hohen „Zinsballast“.<sup>6</sup> Dieser gesamte Zinsumfang ( $Z_n$ ) allein entspricht der halben Zinslast im Anfangsjahr der Tilgung ( $Z_0$ ), multipliziert mit den Tilgungsjahren ( $t_n$ ) bei konstant unterstelltem Zinssatz. Als Faustregel gilt hierbei:

$$(1) \quad Z_n = 0,5 * Z_0 * t_n$$

Jede Rückzahlung der hohen Tilgungsbeträge (mit Zinsen) an die privaten Gläubiger bei Gesamtentschuldung hätte jedoch bedeutende real- und finanzwirtschaftliche Folgen:

*Erstens* würde die Schuldentilgung makroökonomisch „die Umkehrung der Wirkungen der Schuldenaufnahme“ bedeuten (Andel 1999: 177), d.h. eine negative Multiplikatorwirkung auslösen. Es gilt daher: „Massive Schuldentilgung bremst in der Regel das Wirtschaftswachstum, zumindest vorübergehend.“ (Priewe, in Larcher 2002: 26)

Die Kontraktion der investiven und konsumtiven Staatsausgaben infolge einer Tilgung würde die Struktur und Höhe der Binnen-nachfrage negativ verändern und tendenzielle BIP-Wachstumseinbußen erzeugen.

*Zweitens* würde sich das Angebotsvolumen auf dem globalen Finanzmarkt in Form von eine profitable Anlage suchendem Geldkapital schlagartig erhöhen. Dies würde die aggressive

Kapitalexpan­­sion der institutionellen Anleger anheizen und die spekulative Kreditblase vergrößern, wenn sich die Tilgungen mit der ohnehin bestehenden Zuflusshöhe für die reinen Geldkapitalüberschüsse als Geldangebot kumulieren.

Vorerst ist davon auszugehen, dass es eine vollständige Tilgung der gigantischen fiskalischen Gesamtschulden mangels dafür insgesamt und permanent erforderlicher, frei verfügbarer Einnahmen des Staates nicht geben wird. Dies schließt nicht aus, dass solche Rückzahlungen mit Alibi-Funktion versuchsweise begonnen werden, um sie bei veränderten, fiskalisch zwingenden Umständen wieder einzustellen. Solche brisanten Umstände sind bereits durch die bis zu 800 Mrd. € geschätzten Folgekosten für die Klimaänderungen für Deutschland in greifbarer Sichtweite (vgl. DIW 2008: 137). Ferner gilt: „Ausgeglichene Haushalte, Staatsfinanzen ohne Verschuldung sind auf der Grundlage des Privatkapitals nur in kurzen Zeiträumen unter günstigen Umständen möglich, in langen Zeiträumen aber nicht.“ (Roth 1999: 162)

Der deutsche Fiskus würde aber durch die steuerliche Schuldentilgung bei fehlender Netto-Neuverschuldung zunächst zusätzlich mit steuerlich finanzierten Ausgaben für die eigenen Infrastrukturinvestitionen *doppelt* belastet. Der Druck auf die öffentlichen Investitionen – insbesondere auf Länder- und Gemeindeebene – würde nicht verringert.

Nach Einsicht von Experten ist das nominelle Entschuldungsvolumen des Fiskus bei marktüblichen Zinsen praktisch nicht rein steuerlich finanziert aufzubringen, zumal man zusätzliche Sondermaßnahmen, zum Beispiel auch international verbreitete Vermögens- bzw. Erbschaftssteuern ausschließt. Daher formuliert Busch kategorisch: „Die Forderung nach einer Rückführung der Staatsschuld oder gar deren vollständigem Abbau ist gänzlich unrealistisch, ja geradezu irrational.“ (Busch 2006: 52)

## Anmerkungen

- 1 „Da in Deutschland die Geldersparnisse der privaten Haushalte deutlich höher sind als die Neuverschuldung des Staates und der Unternehmenssektor per saldo keine Kredite benötigt, müssen die Finanzierungs-

überschüsse über den Finanzmarkt oder über Banken in das Ausland und dabei vor allem in die großen Defizitländer transferiert werden.“ (Sachverständigenrat 2007b: 130)

- 2 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juli 2007, 59\*; allerdings trägt der Saldo von Verbindlichkeiten zu Forderungen nur -698 Mrd. € gemäß vollständiger Zahlungsbilanzstatistik (Beiheft zum Monatsbericht 3, Juli 2007).
- 3 Die praktizierte Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) lässt faktisch einem nationalen Konjunkturprogramm immer dann wenig Chancen, wenn sie die „erwartete Inflationsgefahr“ durch „Überhitzung des Wachstums“ antizipiert, indem der Zinssatz gleichsam „vorbeugend“ erhöht wird.
- 4 Dies schließt nicht aus, dass es auch vielfach unsinnige oder unrentable Infrastrukturinvestitionen gab, die vermeidbar gewesen wären. Es ist jedoch fraglich, ob der Anteil solcher Fehlleistungen im öffentlichen Sektor höher war als im gesamten privaten Sektor der Wirtschaft.
- 5 So schreibt zum Beispiel Meyer: „Eine angenommene jährliche Neuverschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts von 50 Mrd. EUR erzeugt bei einem Durchschnittszinssatz von z.B. 6% aus sich heraus selbst neue Haushaltslöcher nach einem Jahr in Höhe von 3,0 Milliarden EUR, nach fünf Jahren bereits 15 Milliarden EUR, und zwar nicht einmalig, sondern jährlich. In der Addition für die fünf Jahre zusammen betragen die neuverschuldungsbedingten Zinsausgaben 45 Mrd. EUR.“ (Meyer 2003: 124)
- 6 In Sachsen-Anhalt führt dieser Sachverhalt zu der neuen Tilgungsregelung, den jährlichen Tilgungsbetrag kontinuierlich um die erreichte Zinskostensenkung zu erhöhen – mit dem Effekt einer Halbierung des Tilgungszeitraumes. (Pressemitteilung Nr. 33/08 des Finanzministeriums von Sachsen-Anhalt vom 28.02.2008)

## Literatur:

- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2005): MEMORANDUM 2005, Köln
- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2007): MEMORANDUM 2007, Köln
- Andel, Norbert (1998): Finanzwissenschaft, Tübingen
- BMFi [Bundesministerium der Finanzen] (lfd.): Monatsberichte, Berlin
- BMWi [Bundesministerium für Wirtschaft] (lfd.): Monatsberichte, Berlin
- Bontrup, Heinz-J. (2005): Arbeit, Kapital und Staat, Köln
- Brümmerhoff, Dieter (2001): Finanzwissenschaft, Oldenburg
- Busch, Ulrich (2002): Am Tropf. Die ostdeutsche Trans­­fergesellschaft, Berlin
- Busch, Ulrich (2006): Über Wohl und Wehe der Staatsverschuldung, in: Berliner Debatte Initial 17 (4), 49-69 [Heft 4/2006]
- Busch, Ulrich/Mai, Karl/Steinitz, Klaus (Hg.) (2006): Ostdeutschland zwischen Währungsunion und Solidarpakt II, Berlin

- Deutsche Bundesbank (Ifd): Monatsberichte, Frankfurt a.M.
- Deutschmann, Christoph (2006): Keynes und die Rentiers, in: Berliner Debatte Initial 17 (4), 22-36 [Heft 4/2006]
- DIW [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] (2008): Wochenbericht 12-13
- Flassbeck, Heiner (2006): 50 einfache Dinge, die Sie über die Wirtschaft wissen müssen, Westend
- Hein, Eckhard/Heise, Arne/Truger, Achim (Hg.) (2004): Finanzpolitik in der Kontroverse, Marburg
- Hickel, Rudolf (2006): Kassensturz. Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik, Reinbek
- IWH [Institut für Wirtschaftsforschung Halle] (Ifd.): Monats- und Sonderberichte, Halle
- Jenner, Gero (1999): Das Ende des Kapitalismus, Frankfurt a.M.
- Larcher, Detlev v.. (Hg.) (2002): Jenseits des Sparzwanges, spw-Verlag (o.O.)
- Mai, Karl (2001): Fiskalische ‚Sparpolitik‘ contra Ostdeutschland, in: Arbeitsgruppe Perspektiven für Ostdeutschland (Hg.), Ostdeutschland – eine abgehängte Region? Dresden, 174-213
- Mai, Karl (2006): Zu Staatsschulden und Sparen – Ein kritischer Diskussionsbeitrag, 24.03.2006; [www.memo.uni-bremen.de/docs/m0606.pdf](http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0606.pdf)
- Meyer, Dieter (2003): Die Schuldenfalle, Hannover
- Metzger, Oswald (2004): Einspruch! Wider den organisierten Staatsbankrott, München
- Roth, Rainer (1999): Das Kartenhaus. Staatsverschuldung in Deutschland, München
- Roth, Rainer (2003): Nebensache Mensch, München
- Priewe, Jan (2002): Fiskalpolitik in der Europäischen Währungsunion – im Dilemma zwischen Konsolidierung und Stabilisierung, in: WSI-Mitteilungen 5/2002
- Scherf, Wolfgang: Öffentliche Verschuldung, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Gießen, Internetfassung 2007; Arbeitspapier 80-2007.pdf
- Senf, Bernd (2001): Die blinden Flecken der Ökonomie, München
- SVR [Sachverständigenrat] (1998/99): Jahresgutachten 1998/1999, Stuttgart
- SVR [Sachverständigenrat] (2006): Jahresgutachten 2006/2007, Stuttgart
- SVR [Sachverständigenrat] (2007a): Expertise „Staatsverschuldung wirksam begrenzen“, Stuttgart
- SVR [Sachverständigenrat] (2007b): Jahresgutachten 2007/2008, Stuttgart
- Vesper, Dieter (2006): Entschuldungsinitiative Ost? Kurzugutachten für die Otto-Brenner-Stiftung, Berlin
- Vesper, Dieter (2007): Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, November 2007 (IMK-Policy-Brief), Berlin

# Endlose Depression

– Zusammengestellt von Ulrich Busch und Rainer Land –

## SCHWERPUNKT ENDLOSE DEPRESSION

\* \* \*

<i>Rainer Land, Ulrich Busch</i> Ein neuer Kondratieff, eine Finanzkrise und die Zukunft unserer Träume	2	<i>Roland Benedikter</i> Politik und Religion. Anmerkungen zur gegenwärtigen Bestimmung ihres Verhältnisses	90
Gespräch mit <i>Heiner Flassbeck</i> Ursachen der langen Depression in Deutschland	7	<i>Matthias Bernt</i> Die politische Tradition „Europäische Stadt“ und die Schrumpfung	102
<i>Arne Heise</i> Erlebt Deutschland ein neues Wirtschaftswunder?	15	<i>Stefan Mann, Ines Heer</i> Wie sinnvoll ist die Förderung der Regionalvermarktung?	113
<i>Karl Georg Zinn</i> Der Konjunkturaufschwung 2006/07	27		
<i>Karl Mai</i> Nulldefizit und Entschuldung der öffentlichen Haushalte	38	REZENSIONEN UND BESPRECHUNGEN	
<i>Peter Ruben</i> Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotenzial	50	Ralf Konersmann (Hg.): Wörterbuch der philosophischen Metaphern Rezensiert von <i>Mariele Nientied</i>	125
<i>Ulrich Hedtke</i> Schumpeter und das Jahr 2008. Bemerkungen zur Erstveröffentlichung eines Briefes von Joseph A. Schumpeter an George Garvy	66	Birgit Dahlke: Jünglinge der Moderne. Jugendkult und Männlichkeit in der Literatur um 1900 Annotiert von <i>Magnus Brechtken</i>	127
<i>Johannes Schmidt</i> Finanzmärkte und Wachstum. Schumpeter als Ahnherr moderner Theorien der Finanzintermediation?	79	Gegendarstellung von Richard Schröder zu Heft 1/2-2008, S. 171	128

---

# Berliner Debatte Initial

---

## 4

---

19. Jg. 2008

### Endlose Depression

Flassbeck

Ursachen der  
langen Depression

---

Heise

### Ein neues Wirtschaftswunder?

Ruben

### Kondratieff- Zyklus

---

Hedtke

### Schumpeter und das Jahr 2008

Bernt

### „Europäische Stadt“ und Schrumpfung